

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	21. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	16. Februar 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 6 der Tagesordnung: Share Economy in Karlsruhe - Ressourcen schonen, Gemeinschaft stärken, Wirtschaft fördern!

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach, Zoe Mayer, Daniela Reiff, Dr. Ute Leidig und Renate Rastätter, des Stadtrats Joschua Konrad (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 12. Januar 2016

Vorlage: 2016/0006

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Teilen macht Spaß und ist zudem ein ganz hervorragendes Wirtschaftsmodell, um soziale Teilhabe zu fördern, das städtische Miteinander zu beleben und natürlich auch um Ressourcen zu schonen. Wir freuen uns deswegen sehr, dass auch die Stadtverwaltung das hohe Potential der Share Economy für Karlsruhe ähnlich beurteilt wie wir, und dass die Stadt Karlsruhe bestehende Angebote im Bereich der Share Economy, gerade wenn es um Garten- und Anbauflächen oder auch um Einzelhandelsflächen geht, stärker bekannt machen und bewerben möchte. Wir in Karlsruhe haben ja beste Voraussetzungen dafür, dass so eine Share Economy klappen kann. Nicht nur haben wir eine hervorragende Hochschule und sogar auch Projekte im Bereich der Share Economy, die schon Preise erhalten haben, wir haben hier in Karlsruhe auch schon bestehende Angebote, die in unserer Bevölkerung hervorragend angenommen werden, z. B. das Carsharing-Modell Stadtmobil oder auch die Fahrrad-Sharingangebote hier in Karlsruhe.

Ein besonderes Anliegen war es uns auch mit unserem Antrag, die dörflichen Strukturen in Karlsruhe anzusprechen. Wir sehen in dem Modell, das es möglich macht, Einzelhandelsflächen zeitweilig anderweitig zu vermieten, eine gute Möglichkeit, um Einzel-

handelsflächen in den Randlagen von Karlsruhe wieder zu aktivieren und attraktiv zu gestalten. Dementsprechend werden wir hier in der kommenden Zeit auch ein verstärktes Augenmerk darauf legen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Es ist grundsätzlich ein guter Gedanke, der hier in dem Antrag angesprochen wird, Ressourcen, die man nicht dauerhaft selbst nutzen kann, eben mit seinen Mitbürgern zu teilen in ganz vielfältiger Weise und in unterschiedlichen Feldern, ob es jetzt die Gärten sind, die Streuobstwiesen oder eben auch Verkaufsfläche, Ausstellungsfläche und dergleichen. Wir möchten uns auch bei der Stadtverwaltung bedanken für diesen guten Überblick in der Antwort, die wir erhalten haben, weil uns das doch, gerade in diesem Bereich, viele wertvolle Informationen gibt.

Wir finden es auch gut, dass seitens der Wirtschaftsförderung die Existenzgründerinnen und -gründer, auch aus dem Bereich der Share Economy, in die gleiche Förderung mit einbezogen sind. Dass man natürlich jetzt speziell einen Bereich hier rausnehmen und mehr bevorzugen kann, ist klar. Wichtig ist, dass es gemacht wird und die Verwaltung in der Antwort auch sagt, dass eben die Angebote, die bestehen, bekanntgemacht werden, dass da mitgeholfen wird. Da sind wir auf einem guten Weg, und wir möchten herzlich danken dafür.

Stadtrat Hermanns (SPD): Die Share Economy ist unbestreitbar eine der fünf Megatrends der digitalen Revolution. Hyperconnectivity, Big Data, Factory of Future, Internet of Things sind die vier weiteren. Die Landesregierung hat aus unserer Sicht hier auch ein gutes Programm aufgesetzt mit dem Share Economy-Wettbewerb. Der beinhaltet aber nicht nur Preisträger aus dem gesamten Land Baden-Württemberg zu prämiieren, sondern die Gründer auch zu begleiten, insbesondere in der Umsetzung ihrer Geschäftsmodelle. Von daher sehen wir momentan noch nicht die Notwendigkeit, dass die Stadtverwaltung zumindest in diesem Bereich aktiv wird, da dies bereits schon gemacht wird. Der angesprochene Preisträger store2be z. B. wurde schon von dem beauftragten Branchennetzwerk auf die entsprechenden Gremien, City-Initiative etc., verwiesen und Verbindung hergestellt, so dass wir da momentan noch keinen Handlungsbedarf sehen.

Die Share Economy ist eventuell eine Lösung, aber die Share Economy selbst ist noch ein weites Feld. Deswegen wird auch in diesem Rahmen des Share Economy der Landesregierung auch am 07.07 im ZKM ein großer Kongress durchgeführt werden, wo man aus allen Betrachtungsweisen heraus mit Wissenschaftlern, mit Unternehmern und Zukunftsforschern betrachten wird:

- Was hat es konkret für Auswirkungen.
- Wie wird es sich auf arbeitsrechtliche Bedingungen auswirken, was ist dann tatsächlich auch die ökonomische Auswirkung, wenn wir nur noch bestehende Dinge teilen und keine neuen Dinge mehr kaufen.
- Wie sieht es aus, wenn wir Standards absenken aufgrund von Schutzrechten. Da ist z. B. ein Negativbeispiel Uber.

- Wie gehen wir damit um, wenn wir Schutzrechte aufbauen. Hindern wir uns eventuell daran, Innovationen zu ermöglichen.
- Ist die Share Economy tatsächlich ein Verfahren, wo man soziale und nachhaltige Teilhaber auch besser organisieren kann.

Es ist ein ganz spannendes Feld. Von daher stehen wir dem Antrag zunächst erst einmal positiv gegenüber. Es freut meine Fraktion auch außerordentlich, dass die Grünen mit diesem Antrag offenbar auch ihr Herz für die Wirtschaftspolitik und für die Gründerunterstützung entdeckt haben. Gründung und neue Startups sind Treibstoff der Zukunft in Deutschland, insbesondere in Karlsruhe.

Die Share Economy ist aber, wie ich es schon angedeutet habe, nur einer der fünf Megatrends der Digitalisierung. Wir als Gemeinderat müssen aber Verantwortung für alle Startups, die die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichern, übernehmen. Was wir brauchen ist eine Gesamtstrategie aus einem Guss für alle Gründer in Karlsruhe. Die Grüne-Fraktion pickt sich hier aber aus opportunen Gründen offensichtlich eine Branche heraus. Schaut man sich aber die gesamte Palette ihrer Wirtschaftspolitik an, dann sieht man, reden und handeln klaffen bei ihnen weit auseinander. Die Fakten sprechen für sich. Was war denn mit dem neuen IT-Gründerzentrum des Landes Baden-Württemberg für Karlsruhe? Es wurde von der Grünen-Fraktion abgelehnt. Was war denn mit dem Wirtschaftswachstum-Befestigungszentrum für Startups der Kreativwirtschaft am Alten Schlachthof? Keine Zustimmung von der Grünen-Fraktion. Was ist mit der Erweiterung am KIT mit eigenen Bereichen für Startups? Wird momentan von der Grünen-Fraktion noch nicht unterstützt. Ich denke, reden und handeln passen bei Ihnen noch nicht zusammen. Wir brauchen aber gemeinsam eine Strategie statt Stückwerk. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

Stadtrat Lancier (KULT): Die KULT-Fraktion sieht in der Share Economy nicht nur aus Ressourcenverbrauchsgründen einen Vorteil, sondern auch aus sozialen Gründen. Es ermöglicht Menschen mit geringem Kapital die Teilhabe sowohl privat, wie bei der Gartengeschichte, als auch wirtschaftlich wie bei den Geschäftsflächen. Auch dafür taugt das in den Unterlagen genannte Beispiel Stadtmobil. Es ermöglicht Menschen, die sich kein Auto anschaffen können, trotzdem eines zu nutzen. Auch die anderen Beispiele zeigen, dass die Share Economy insbesondere eine Wirkung in der Breite zeigt, d. h. jeder Mensch, jeder Gewerbetreibende hat Vorteile von dieser Technik, von diesem Geschäftsmodell. Die Stadt wird laut ihrer Antwort dem Ganzen keine Steine in den Weg legen. Das finden wir gut, überrascht die KULT-Fraktion aber nicht, denn die neuen Medien zu nutzen, wird in Karlsruhe auch ohne offizielle Förderung schon lange durchgeführt. Wir sehen also keine Notwendigkeit, dass die Stadt dies extra fördert. Dies steht auch in der Antwort. Grundsätzlich stehen wir der ganzen Entwicklung positiv gegenüber und warten insofern weiter ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Unsere grünen Kollegen sind nicht besonders begeistert von der freien Marktwirtschaft. Das ist selbstverständlich in einer Demokratie ganz akzeptabel, wenn man es ehrlich und klar kommuniziert. Eigentlich erlebe ich normalerweise von der Verwaltung auch keine große und leidenschaftliche Begeisterung für die freie Konkurrenz und Marktwirtschaft. Deshalb ist es sehr interessant, dass dieser grüne

ideologische planökonomische Antrag sogar zu viel für die Verwaltung wird. Die grünen Kollegen wollen eine ganz bestimmte Entwicklung in unserer Gesellschaft aktiv unterstützen und sagen es offen und ehrlich - teilen statt besitzen. Man will, wie in einem planökonomischen Denken, diese bestimmte gesellschaftliche Entwicklung aktiv in Bewerbung und Vermittlung kommunal mit Steuergeldern unterstützen.

Die Verwaltung antwortet: Zudem wird die Vermittlung eines bestimmten Angebotes wettbewerbsrechtlich kritisch gesehen, wettbewerbsrechtlich kritisch gesehen. Und weiter: Der Aufwand zum Einsatz stadteigener Plattformen wäre im Vergleich zum erbrachten Nutzen nicht darstellbar, zumal hier kommunale Konkurrenzangebote aufgebaut würden, kommunale Konkurrenzangebote. Dieser grüne ideologische Antrag verlangt, falsch die Menschen nicht allein die Vorteile und das Glück von Share Economy verstehen, wir mit öffentlichen Geldern und politischem Druck die Menschen dazu überreden müssen, dieses Glück zu verstehen. Danke, dass die Verwaltung deutlich macht, dass gerade dieses nicht eine Aufgabe für Politik und Verwaltung in einer freien Marktwirtschaft ist.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. - Frau Stadträtin Lisbach.

Stadtrat Lisbach (GRÜNE): Ich wollte nur noch einmal auf den Vorwurf von Herrn Hermann zu sprechen kommen, der hier gesagt, dieses IT-Gründerzentrum sei von den Grünen nicht unterstützt gewesen. Das ist falsch. Das wissen Sie auch, Herr Hermann. Wir haben das sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene unterstützt. Wir haben lediglich das zweite Konstrukt der Finanzierung nicht für richtig gefunden und dies hier auch ausführlich begründet, weil das einfach so war, dass wir da viel Geld reinstecken, aber nach 15 Jahren am Ende die Immobilie an jemanden anders geht. Das fanden wir einfach nicht korrekt. Wir haben hierzu auch einige Fragen gestellt, die aus unserer Sicht auch nicht zufriedenstellend beantwortet waren. Es war das finanzielle Konstrukt, was wir abgelehnt haben. Das Gründerzentrum an sich halten wir sehr wohl für richtig und für förderungswürdig und haben uns dafür auf verschiedenen Ebenen stark gemacht. Auch bei der Gründungsförderung muss man natürlich gucken, dass man die Ressourcen effizient einsetzt, möglichst viele Arbeitsplätze fördert und das Geld sinnvoll ausgibt. Deswegen haben wir an dieser einen Stelle etwas abgelehnt, aber alles andere davor auch mitgetragen und würden das auch weiterhin tun. Grundsätzlich stehen wir selbstverständlich zur Förderung von Gründungen.

Der Vorsitzende: Damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen. Sie sehen das genauso.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: